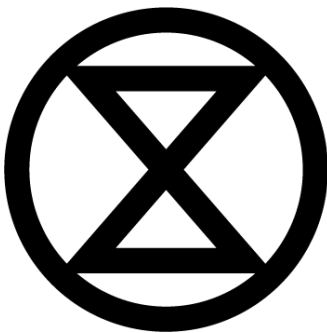




konsultative



**extinction  
rebellion**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Sebastian Kurz!  
Sehr geehrter Frau Bundesministerin Elisabeth Köstinger!

Wir wollen Ihnen herzlich dazu gratulieren, dass es gelungen ist, das Ziel der Klimaneutralität mit einem konkreten Datum 2040 im Regierungsprogramm zu verankern.

Wir erinnern uns an Ihre Wahlrede vom 1.7.2019, in der sie beide der österreichischen Bevölkerung versichern, dass Sie das, was sie verkünden auch tatsächlich in die Tat umsetzen werden. Gerade Sie, als junger Kanzler können nun die diese Einigung im Regierungsprogramm gemeinsam mit der Bevölkerung umsetzen und damit einen wesentlichen Beitrag leisten ein lebensfreundliches Klima für die nächsten Generationen soweit möglich zu erhalten bzw. die Erderhitzung auf unter 1,5°C im Vergleich zu vorindustriellen Werten einzudämmen.

Spätestens seit klar ist, dass wir sogar für die Erreichung der verhandelten Regierungsziele (die aus unserer Sicht noch nicht rasch genug gehen) jedes Jahr eine Reduktion der Treibhausgasemissionen ähnlich jener während des Corona-Lockdowns benötigen, ist deutlich geworden, dass eine nachhaltige Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen im erforderlichen Tempo nur mit drastischen Maßnahmen gelingen kann.

Wir begrüßen es, dass sich die ÖVP dazu bekennt ökologische Aspekte zu berücksichtigen, doch fehlt es beim Thema Klimaschutz aus unserer Sicht deutlich an Entschlossenheit. Neben vielen anderen Projekten, sehen wir die "Wachstumsgarantie" für den Flughafen Wien als umweltpolitisch höchst bedenklich an.

Unter anderem versprechen Sie in Ihrer "Wahlrede mit Umsetzungsgarantie" vom 1.7.2019, dass sie nicht gegen, sondern mit der Bevölkerung arbeiten wollen. In Anbetracht der Dringlichkeit mit der die notwendigen dramatischen Veränderungen realisiert werden sollen, sehen wir für die Nutzung der Kooperationsbereitschaft der Bevölkerung nur einen Weg: die Bevölkerung muss umfassend informiert werden - ähnlich wie bei Corona - und sie muss die Entscheidung selbst treffen, wo, wie und wie schnell Klimaneutralität erreicht werden soll.

Dies kann und wird sie tun, wenn sie in Form eines verbindlichen Bürger\*innenrates in den politischen Entscheidungs- und Gestaltungsprozess einbezogen wird. Nur dann wird sie bereit sein, die Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele zu tragen.

Andere Länder haben Klimapolitik und das Ziel der Klimaneutralität bereits in Bürger\*innenräten (Citizens' Assemblies) thematisiert: UK, Frankreich, Irland. Überall bewies die Durchführung eines Bürger\*innenrates, wie umsichtig und weitblickend geloste und gut informierte Vertreter\*innen aus der Bevölkerung urteilen und zu welchen umsichtigen Maßnahmen sie bereit sind. Und auch zu anderen Themen werden immer mehr Bürger\*innenräte veranstaltet. In Deutschland etwa wird nach dem Bürgerrat Demokratie nun aus dem Bundestag heraus ein zweiter bundesweiter Bürgerrat umgesetzt. Im deutschen Teil von Belgien gibt es bereits einen dauerhaften Bürgerrat mit laufenden Bürgerversammlungen. In Vorarlberg stehen die Bürgerräte in der Landesverfassung und werden auf Gemeinde- und Landesebene angewandt. Wir denken, es ist Zeit, dass Österreich hier auch auf Bundesebene nachzieht und zeigt, wie sehr es die Bürger\*innen in wichtigen Fragen wie dem Klimaschutz einbezieht.

Zugleich entlastet ein verbindlicher Bürger\*innenrat Politik und Regierung, da vermeintlich unpopuläre Entscheidungen von der Bevölkerung selbst getroffen werden können. Mehr noch, Politik und speziell auch die Regierung würden an Popularität gewinnen, wenn sie deutlich macht, dass sie bei einer dermaßen wichtigen Entscheidung wie der Abwendung der Klimakatastrophe die kollektive Intelligenz und das Verantwortungsbewusstsein einer gut informierten Bevölkerung ernst nimmt.

Große Teile der im Klimaschutz engagierten Zivilgesellschaft als auch die hier unterzeichnenden Organisationen sind sich darin einig, dass die gesamte Bevölkerung in den Entscheidungsprozess miteinbezogen werden sollte – nämlich in Form eines repräsentativen, verbindlichen Bürger\*innenrats. So heißt es etwa im [Klima-Corona-Deal](#), den mehr als 175 Organisationen sowie mehr als 560 Wissenschaftler\*innen unterstützt haben:

"Die Bevölkerung muss durch Bürger\*innenversammlungen [=Bürger\*innenräte] und ähnliche partizipative Formate permanent in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden."

Im Klima-Volksbegehren, das mehr als 380.000 Österreicher\*innen unterschrieben haben, findet sich folgende Forderung: "Die BürgerInnen sollen bei der Ausgestaltung eine zentrale Rolle (z.B. in Form von Bürger\*innenräten) einnehmen."

Die dritte Forderung der weltweiten und auch in Österreich aktiven Klimaschutzbewegung "Extinction Rebellion" heißt: "Schaffung einer Bürger\*innenversammlung"

Wir schlagen daher vor, einen repräsentativen verbindlichen Bürger\*innenrat nach folgendem Vorbild einzuberufen:

Bürgerrät\*innen werden gelost und sollen die Bevölkerung repräsentativ abbilden (Alter, sozialer Stand, Bildung, Geschlecht, ...).

Zunächst wird den Bürgerrät\*innen umfassende Information von unterschiedlichen Expert\*innen zur Verfügung gestellt. Die Rät\*innen haben dann Zeit, in moderierten Kleingruppen über diese Informationen zu diskutieren und sich eine Meinung darüber zu bilden. Anschließend werden sie ebenfalls in einem moderierten Prozess ein umfassendes und durchgerechnetes Maßnahmenpaket beschließen, welches mit großer Wahrscheinlichkeit zumindest das Klimaziel der Bundesregierung, Klimaneutralität bis 2040, erreichen wird.

Im Detail schlagen die Unterzeichnenden als Bürger\*innenrat eine Gruppe von 99–120 Teilnehmer\*innen ab 16 Jahren vor, die durch eine stratifizierte Losung aus der Bevölkerung anhand

wichtiger Merkmale wie etwa Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund, Wohnort, Bildungsniveau,... ein direktes Abbild der Bevölkerung darstellen.

Die ausgelosten und teilnehmenden Bürger\*innen werden sich in einer Verhandlungszeit von ca. 6 Monaten ein wohl informiertes Bild zum Thema "Österreichs Weg zu Netto-Null

Treibhausgasemissionen" machen, sich selbst ein Ziel stecken, das voraussichtlich zumindest das Ziel aus dem Regierungsprogramm erfüllt, sowie mit Hilfe der Berechnungen von Expert\*innen ein Gesamtpaket beschließen, das das selbstgesteckte Ziel erreicht.

Das Endpaket wird mit Hilfe von Jurist\*innen in einen Gesetzestext gegossen, sobald es dafür eine Akzeptanz von mind. 50% (gemessen mittels [Systemischen Konsensierens](#), bzw. 66% bei Verfassungsänderungen) des gesamten Bürger\*innenrates gibt. Der Bürger\*innenrat soll (ähnlich wie beim *Convention citoyenne pour le climat* in Frankreich) die Wahl bekommen, den Gesetzestext in den Nationalrat zu schicken und dort 1:1 abstimmen zu lassen oder als Volksabstimmung dem Volk vorzulegen. Um den Aufwand der Bürger\*innen zu würdigen, erhalten die Rät\*innen eine angemessene Aufwandsentschädigung und bekommen schon vor dem Start des Bürger\*innenrats die Zusage, dass die beiden Fraktionen der Bundesregierung – egal für welchen Weg sich der Bürger\*innenrat entscheidet – den Gesetzesentwurf ungefiltert in den Nationalrat einbringen sowie eine Abstimmungsempfehlung für den Antrag aussprechen wird.

Zum Aufbau des Bürger\*innenrats wird ein überwachendes Aufsichtsgremium, ein wissenschaftlicher Beirat sowie eine unabhängige Koordinierungsgruppe bestimmt.

Die Koordinierungsgruppe führt den Prozess des Auslosens der Bürger\*innenräte durch und wählt ein Team aus ausgebildeten Prozessbegleiter\*innen sowie Expert\*innen nach den Kriterien des Beirats aus.

Die Expert\*innen präsentieren unterschiedliche Sichtweisen des Themas anschaulich und verständlich, damit sich die von der Koordinierungsgruppe gelosten Teilnehmer\*innen in der ersten Phase ein umfassendes Bild des Themas machen können. Des Weiteren können die Ratsmitglieder die Auswahl der Expert\*innen korrigieren, also Expert\*innen ablehnen oder zusätzliche Expert\*innen einladen. Alle Vorträge von Expert\*innen können im ORF für alle Interessierten für die Dauer des Bürger\*innenrats mitverfolgt werden.

Vor dem Beginn des Bürger\*innenrats sind alle politischen Parteien aufgerufen (Regierungs- sowie Oppositionsparteien) ihre Konzepte einzureichen. Diese werden von Expert\*innen auf ihre CO<sub>2</sub>-Einsparungskapazität hin durchgerechnet und den Rät\*innen präsentiert. In der darauffolgenden Konsultationsphase wird zusätzlich die gesamte Bevölkerung gebeten, schriftliche Beiträge für die Bürger\*innenräte einzusenden.

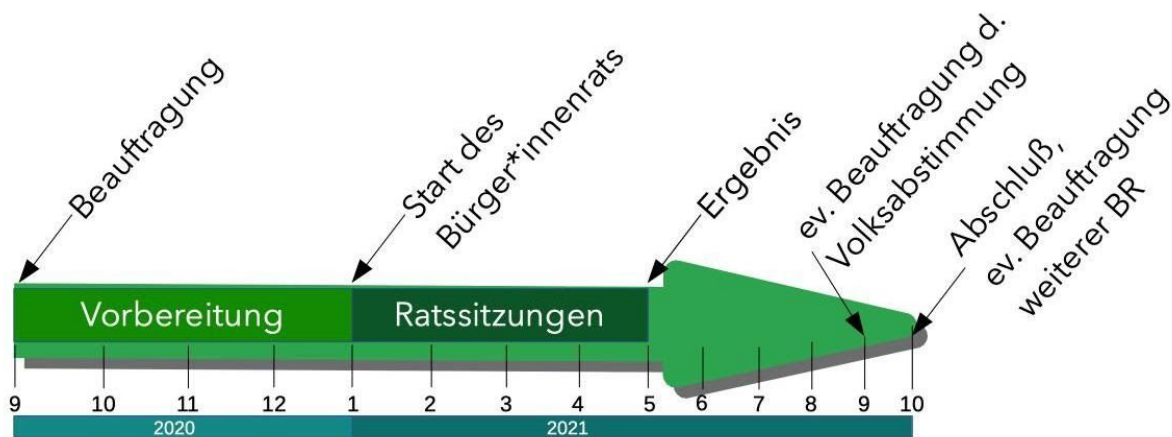
In der anschließenden Beratungsphase sorgen die Moderator\*innen dafür, dass die Rät\*innen in Kleingruppen Meinungen und Fakten besprechen können und sich dabei gegenseitig – in den unterschiedlichen Lebensrealitäten – gut zuhören können und gleichberechtigt zu Wort kommen. Zeitgleich ist ein Expert\*innenteam verfügbar, um den Kleingruppen via WhatsApp-Gruppe(o.ä.) als Faktenchecker zur Seite zu stehen (ähnlich wie das auch in Frankreich praktiziert wurde).

In der letzten Phase wird der Rat mit Hilfe der Moderation durch einen schrittweisen Prozess zu einem gemeinsamen Gesamtpaket geführt, welches dann – wie bereits erwähnt – durch die Zusage der Fraktionen der Bundesregierung ungefiltert den vom Bürger\*innenrat gewählten Weg der Umsetzung geht.

Wir glauben, dass durch einen Bürger\*innenrat die Meinungsvielfalt der gesamten Bevölkerung in optimaler Weise abgeholt wird und so die Akzeptanz zu den nötigen Maßnahmen geschaffen werden kann. Einerseits lädt die Konsultationsphase die gesamte Bevölkerung in den Prozess ein, andererseits ist durch die stratifizierte Auswahl der Teilnehmer\*innen sichergestellt, dass möglichst viele Realitäten in der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden können und diese durch ihre Größe trotzdem entscheidungsfähig bleibt. Um die Beschlüsse des Bürger\*innenrats weiter abzusichern, soll es zwischen dem Ergebnis des Bürger\*innenrats und der Umsetzung im Nationalrat eine repräsentative Meinungsumfrage zum Gesamtpaket geben.

Die Diskussion und der Verlauf der Gruppendiskussion wird, falls durch die Rät\*innen gewünscht, durch [Chatham house rules](#) anonymisiert, aber trotzdem transparent für die Öffentlichkeit aufbereitet. Die Zugänglichkeit der Argumente und Empfehlungen für alle Bürger\*innen waren zB in Irland entscheidend für den Ausgang der Volksabstimmungen zur gleichgeschlechtlichen Ehe und der Fristenlösung.

Damit der Bürger\*innenrat gut mit dem Zeitplan der Taskforce der ökosozialen Steuerreform zusammen passt, sehen wir folgenden Zeitplan vor:



So könnten wesentliche Punkte der Diskussion bereits während der Tätigkeit des Bürger\*innenrats auch in die Arbeit der Taskforce der ökosozialen Steuerreform einfließen.

Da es um einen umfassenden Plan zum Ausstieg aus den Treibhausgasemissionen geht, ist davon auszugehen, dass das von den Bürger\*innen geplante Paket neben der ökosozialen Steuerreform noch weitere Maßnahmen bzw. klimapolitische Instrumente enthalten wird.

Anschließend an den Bürger\*innenrat werden die Bürger\*innenräte in ihren Lebenswelten als informierte Multiplikator\*innen dienen können. Weil sie als Bürger\*innenräte die Entscheidungen selbst getroffen haben, werden sie anderen Bürger\*innen in ähnlichen Lebenslagen das erlernte Wissen, die Dringlichkeit der Situation sowie die Wichtigkeit der drastischen Maßnahmen optimal vermitteln, sowie bestmöglich erklären können, warum die Entscheidung auf diese Weise gefallen ist. So lernt die Bevölkerung mit und kann die Maßnahmen – selbst wenn es eine starke Veränderung des eigenen Lebens bedeutet – leichter annehmen. Zusätzlich haben die Bürger\*innenräte als direkte Betroffene die besten Voraussetzungen, während der Ratssitzungen für die eigene Lebensrealität praktikable Ideen zur Umsetzung einzubringen, sowie in der Umsetzungsphase in ihrem Umfeld als Modell zu fungieren, wie mit den Maßnahmen und Instrumenten umgegangen werden kann.

Die Politik kann durch einen Bürger\*innenrat entlastet werden, da die Verantwortung welche Bevölkerungsteile von den Maßnahmen in welchem Maß betroffen sein werden, vom Bürger\*innenrat übernommen wird.

Emmanuel Macron hat erkannt, dass es besser gewesen wäre, bereits vor der Umsetzung der CO2-Steuer und den Gelbwestenprotesten einen Bürger\*innenrat zu initiieren.<sup>1</sup> Österreich sollte sich daran orientieren und rechtzeitig die Bevölkerung einbinden.

Wir bitten Sie daher um ein persönliches Gespräch, um Ihnen nähere Details dazu präsentieren zu können. Wir haben auch das Vizekanzleramt und das Klimaschutzministerium kontaktiert. Bitte entnehmen Sie in der Zwischenzeit bereits weitere Informationen über den Ablauf dem beigefügten Leitfaden für einen Klima-Bürger\*innenrat in Österreich auf Bundesebene, der auf Erfahrungen in Frankreich, UK und Irland beruht.

Mit freundlichen Grüßen  
XR Österreich  
Fridays for Future Wien  
mehr demokratie!  
Wir entscheiden Klima  
konsultative

Koordinator:  
DI Werner Kratochwil  
Dirnhirngasse 25/2/3  
1230 Wien  
Telefonnummer: 0699/11527104  
E-Mail: [werner.kratochwil@krato-apps.com](mailto:werner.kratochwil@krato-apps.com)

---

<sup>1</sup>[https://www.francetvinfo.fr/politique/emmanuel-macron/referendum-taxe-carbone-mecanisme-de-suivi-ceta-quatre-choses-a-retenir-de-l-intervention-d-emmanuel-macron-devant-la-convention-citoyenne-pour-le-climat\\_3779421.html](https://www.francetvinfo.fr/politique/emmanuel-macron/referendum-taxe-carbone-mecanisme-de-suivi-ceta-quatre-choses-a-retenir-de-l-intervention-d-emmanuel-macron-devant-la-convention-citoyenne-pour-le-climat_3779421.html)